

## **Vortrag mit Diskussion**

Mittwoch, 20. Februar 2013, 19.30 Uhr, Leerer Beutel (Konferenzsaal, 1. Stock), Bertoldstraße 8, Regensburg

### **Wohnungsnot und Mietpreisexplosion**

## **Die Wohnungsfrage im Kapitalismus**

In sogenannten Ballungsgebieten steigen die Mietpreise unaufhörlich. An die vierzig Prozent des Nettolohns muss ein Einkommensbezieher mittlerweile für eine Behausung weg zahlen. Die Tageszeitungen rechnen vor, dass selbst das extreme Schicksal der Obdachlosigkeit nicht verschwunden ist, sondern in Deutschland die neue Höchstmarke von einer Viertelmillion erreicht hat. Andererseits stehen diese Zahlen, hinter denen sich „menschliche Schicksale“ verbergen, für einen in der Marktwirtschaft absolut erfreulichen Umstand: Sie zeugen nämlich davon, dass die Eigentümer von Boden und Mietshaus ein blendendes Geschäft machen, wenn sie über ein Drittel des Einkommens der arbeitenden Bevölkerung in ihre Kassen lenken, Tendenz steigend. Ein schönes Plus, das auch der Staat gern in das Wachstum seines Standortes einrechnet.

- Ein Stück Boden braucht jeder. Industrielle benötigen ihn als Standort für eine Fabrik, Private als Unterlage für eine Behausung. Merkwürdig ist die Verteilung der Erdoberfläche in einem modernen Staat: Viele haben nichts, einige wenig, einige wenige ganz viel davon.

- Wie machen Grundeigentümer aus einem bloßen Flecken Erde Geld? Produktionskosten fallen dafür ja nicht an, und Pacht oder einen Grundstückspreis erzielt auch das gänzlich unbebaute Gelände.

- Wie vollzieht sich die Preisbildung für dieses Gut? Die Erfahrung lehrt so viel: Schöne Lagen sind für den gewöhnlichen Wohnungssuchenden meistens nicht bezahlbar, bezahlbare Lagen selten schön. In guten Vierteln mit pittoresker Bausubstanz machen sich Banken, Verwaltungen und Kommerz breit. Der Rest bevölkert Wohnblocks, am Ende gar in Problemvierteln.

- Der Sozialstaat anerkennt die allgemeine Notlage, die die Grundeigentümer damit unter der arbeitenden Bevölkerung anrichten. Mit Gesetzen zur Mietpreissteigerung – „Kappungsgrenze“, „Vergleichsmiete“ – verhindert er keine Erhöhung der Mieten, sondern er dosiert ihren Anstieg und weist ihm einen rechtskonformen Weg. Und bevor der Staat seinen Grundeigentümern angesichts mangelhafter Zahlungsfähigkeit der proletarischen Kundschaft einen Einnahmeverzicht zumutet, springt er selbst mit Wohngeld und anderen Mietzuschüssen ein.

So ist die elementare Frage nach einem Dach über dem Kopf auch nach 150 Jahren kapitalistischen Wachstums nicht erledigt. Im Gegenteil, das pure Wohnen wird für viele zu einem kaum mehr bezahlbaren Luxus. Warum ist das so?